Armee in der Krise : Schweizer Armee - wohin des Wegs?

Autor(en): **Ribi, Rolf / Spillmann, Kurt R.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **36 (2009)**

Heft 1

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-910352

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Schweizer Armee – wohin des Wegs?

Drei Reformen in fünfzehn Jahren – die Armee der Eidgenossen sucht eine Antwort auf die neuen Bedrohungen. Die einen wollen die klassische Verteidigung des Vaterlandes stärken, die anderen wünschen militärische Einsätze für den Frieden in der Welt. Das Volk steht zu seiner Armee, aber es ist verunsichert.

Von Rolf Ribi

«Die Schweizer Armee steht nicht am Abgrund, aber sie ist aus dem Takt geraten.» Die «Neue Zürcher Zeitung» ortet eine «ideologisch blockierte Militärpolitik». Weder für die Analyse der strategischen Lage noch für die Aufträge der Armee gebe es im Parlament einen gemeinsamen Nenner, und das sei «besorgniserregend».

Wie gegensätzlich die politischen Meinungen über die Armee sind, zeigt sich an drei aktuellen Vorlagen: Beim Rüstungsprogramm 2008 geht es um Fahrzeuge für den geschützten Transport von Mannschaften der Infanterie und vor allem um ein «Upgrade» der F/A-18-Kampfjets, dem Rückgrat der Luftverteidigung. Im Nationalrat bodigte eine Allianz aus Volkspartei (SVP), Sozialdemokraten und Grünen die Vorlage, die nach dem Ständerat nochmals vor die Volkskammer kommt. Beim Ersatz der 54 veralteten Tiger-Kampfflugzeuge durch den schwedischen Gripen, den französischen Rafale oder den Eurofighter reichen die Finanzen nur für 22 neue Flugzeuge, die politische Linke lehnt neue Kampfjets ab. Und wenn es um militärische Einsätze zur Friedenssicherung im Ausland geht, ist die politische Rechte strikt dagegen.

Aufgaben und Aufträge

Welche Aufgaben der Armee schreibt die Bundesverfassung vor? Welche Aufträge muss die Milizarmee in der heutigen Zeit erfüllen?

«Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen.» So steht es im Artikel 58 der Bundesverfassung. Aus diesem Grundsatzartikel werden allgemeine Aufträge der Armee abgeleitet:

- Einsätze zur Raumsicherung zum Schutze wichtiger Gebiete und des Luftraumes im Falle einer Bedrohung von strategischem Ausmass, meistens im Verbund mit zivilen Behörden.
- Aktiv geführte Abwehr eines militärischen Angriffs, um den angreifenden Gegner durch Feuer, Sperren und Stützpunkte sowie mit Gegenangriff zu stoppen oder zu vernichten.
- Unterstützende Einsätze der Armee auf Verlangen der zivilen Behörden, wie militärische Katastrophenhilfe, Wahrung der Lufthoheit (etwa für internationale Konferenzen), Unterstützung von Polizei und Grenzwachtkorps, Schutz von Objekten (wie ausländische Botschaften).
- Einsätze mit dem Ziel, im Ausland den Frieden zu festigen und den Ausbruch bewaffneter Konflikte zu verhindern, auf Grund eines Mandates der UNO oder der OSZE und meist zusammen mit anderen Staaten.

«Sicherheit durch Kooperation»

Seit den Neunzigerjahren sind die Armee und ihre Reformen ein ständiges Thema der Politik und der Öffentlichkeit. Dafür gibt es drei Gründe: die neue Weltlage nach dem Ende des Kalten Krieges, Mängel in der Armee und knapper werdende Finanzen. Marksteine bilden die Armee 95, der Sicherheitspolitische Bericht 2000, die Armee XXI und in neuster Zeit die Militärreform 2008–2011. Das Konzept Armee 95 (Bestand von 400 000 Mann statt 600 000, kürzere Dienstpflicht) offenbarte grundlegende Mängel der Armee, namentlich bei der Ausbildung und der Kaderförderung. Gemäss Bundesrat hatte damals «die Verteidigung einen ungenügenden Stand».

Im Bericht des Bundesrates an das Parlament über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom Juni 1999 hiess der neue Leitsatz «Sicherheit durch Kooperation». Gemeint waren die verstärkte Zusammenarbeit der Armee mit zivilen Behörden im Innern und Beiträge zur Friedensunterstützung im Ausland. Gestützt auf diesen Sicherheitspolitischen Bericht entstand das fast 100-seitige Armeeleitbild XXI für die «Armada Svizra» (wie die Armee auf Rätoromanisch heisst).

Sicherheitsbericht und Armeeleitbild führten zum nächsten Reformschritt – die Armee XXI. Die Botschaft des Bundesrates an das Parlament vom Oktober 2001 enthielt diese Kernelemente: Neben Verteidigung und Raumsicherung leistet die Armee auch Einsätze «zur Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren» (zusammen mit zivilen Behörden im In- und Ausland) sowie «zur Friedenssicherung und Krisenbewältigung» (zusammen mit anderen Staaten und internationalen Organisationen). Der Bestand der Armee wird von 360 000 auf höchstens 140 000 Angehörige herabgesetzt, mit einer Reserve von 80 000. Das Dienstpflichtalter der Mannschaft wird auf 30 Jahre gesenkt und die Rekrutenschule auf 21 Wochen verlängert. Im Mai 2003 stimmte das Schweizervolk mit 76 Prozent Ja-Stimmen der Armee XXI zu.

Armeereform 2008–2011

Der nächste, umstrittene Schritt zur Reform der Armee kam schon im Mai 2005. Nicht mehr die klassische Verteidigung des Landes soll nun die Hauptaufgabe der Armee sein. Ihre wichtigste Funktion soll die Raumsicherung werden, also die Überwachung von Grenzabschnitten, Ortschaften oder Verkehrsachsen. «Landesverteidigung darf nicht auf die Verteidigung gegen einen militärischen Angriff reduziert werden», sagte Ex-Bundesrat Samuel Schmid. Ein klassischer Krieg in Europa sei «auf absehbare Zeit nicht wahrscheinlich, wenn auch nicht ganz auszuschliessen». Dafür sei die Terrorgefahr real, es gehe jetzt «um den Schutz der hochtechnisierten Gesellschaft».

Und so sollen die Kapazitäten für die klassische Verteidigung um die Hälfte auf nur noch 18 500 Angehörige verkleinert werden. Der Gesamtbestand der Armee soll unverändert 220 000 Mann (und Frau) betragen. In materieller Hinsicht soll eine Verlagerung von den Panzerverbänden und der Artillerie hin zur Infanterie erfolgen: Die Infanterie soll die Raumsicherung übernehmen, die Panzertruppen sollen die militärische Kompetenz garantieren.

Kritik aus Militärkreisen ...

Der Entwicklungsschritt 2008–2011 hat in Militärkreisen und im Parlament viel Kritik ausgelöst. Der frühere Korpskommandant Simon Küchler sprach von einer «verfahrenen Situation» – der Sicherheitsbericht und das Armeeleitbild seien mit dem neuen Reformkonzept überholt. Zur Armee XXI habe es noch geheissen: «Die Verteidigung bleibt die Kernfähigkeit der Armee.» Mit dem geplanten Abbau der Verteidigungskräfte sei dies nicht mehr der Fall.

Auch der frühere Divisionär Paul Müller meldete sich kritisch zu Wort. Der Kampf mit schweren Waffen stelle sich nicht nur im Verteidigungsfall, sondern auch bei der Raumsicherung. «Keine Armee würde sich ohne solche Mittel in das Abenteuer eines operativen Sicherungseinsatzes einlassen.» Der frühere hohe Offizier sieht zudem den Gedanken der Milizarmee in Gefahr, weil in der stark verkleinerten Armee nur noch wenige Kommando- und Stabsstellen für Milizoffiziere (neben den Berufsoffizieren) vorhanden wären. Jean-Pierre Bonny, Präsident der Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee (Pro Militia), kritisierte den «Schnellschuss des Bundesrates nur 14 Monate nach dem Inkrafttreten der vom Volke angenommenen Armeereform XXI». Der vorgesehene Abbau der Verteidigungskräfte beeinträchtige auch die Raumsicherung, denn für diese seien Panzerverbände «absolut unentbehrlich».

... und aus der Politik

Im Parlament führte die Neuausrichtung der Armee für die Jahre 2008 bis 2011 zu einer heftigen Kontroverse. Das neue Leistungsprofil der Armee stiess auf Kritik von rechts und links. Der Nationalrat lehnte die Reform im Oktober 2006 deutlich ab. Für die Schweizerische Volkspartei ging der Entwicklungsschritt «weg von der klassischen Verteidigung, hin zur Terrorabwehr» zu weit, weil sie im Ernstfall ein Zusammengehen mit der Nato befürchtete. Die Sozialdemokratische Partei warnte vor Armee-Einsätzen im eigenen Land und sah ihre Friedensmissionen im Ausland gefährdet.

Ex-Armeeminister Samuel Schmid griff zu einem politischen Kompromiss: Abbau von nur zwei statt vier Panzerverbänden, kein

Foto: VBS

Ausbau militärischer Friedenseinsätze. Die so leicht entschärfte Armeereform wurde vom Ständerat im März 2007 ohne Gegenstimme gebilligt. An Kritik fehlte es dennoch nicht: Die «Neue Zürcher Zeitung» schrieb von «Konzessionen an die Anhänger einer überholten Verteidigungsarmee klassischen Zuschnitts» und von einem «Verzicht auf Kompetenz- und Erfahrungsgewinn» wegen der gekürzten Auslandseinsätze.

Die Reformvorlage 2008–2011 ging also zurück an den Nationalrat. Im Juni 2007 sagte auch die Volksvertretung deutlich Ja, weil die Sozialdemokraten (im Gegensatz zu Volksdemokraten und Grünen) dem Entwicklungsschritt ebenfalls zustimmten. Eine wichtige Frage blieb allerdings offen – die Zahl der Panzerbataillone zur Verteidigung des Landes. Denn dieser Entscheid gehört gemäss Gesetz dem Bundesrat und nicht dem Parlament...

Welche Milizarmee?

Bei allen Reformschritten der letzten Zeit blieb ein Thema im Mittelpunkt – die Milizarmee. Braucht die Schweiz eine Milizarmee oder eine Berufsarmee? Wie gross soll die Armee der Zukunft sein? Gilt weiterhin die allgemeine Wehrpflicht oder will man eine Armee von Freiwilligen?

In den Herzen der Eidgenossen ist die Milizarmee so fest verankert wie die direkte Demokratie und der Föderalismus. Sie gilt als die traditionelle Wehrform der kleinen, bewaffneten und neutralen Schweiz. Und sie ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizsystem organisiert» (Artikel 58). Trotzdem befürchten

«WIR BRAUCHEN DIE ARMEE»

INTERVIEW MIT KURT R. SPILLMANN, FRÜHERER PROFESSOR FÜR SICHERHEITSPOLITIK UND KONFLIKTFORSCHUNG AN DER ETH ZÜRICH

Wie beurteilen Sie das sicherheitspolitische Umfeld in Europa?

Heute und in absehbarer Zeit erkenne ich keine militärischen Bedrohungen unseres Landes. Bedrohungen sehe ich eher durch terroristische und kriminelle Organisationen. Das sind Bedrohungsformen, die sich nicht militärisch bekämpfen lassen. Dennoch brauchen wir militärische Streitkräfte – die Armee ist das wichtigste und mächtigste Instrument, das ein Staat besitzt, um seine Kräfte gebündelt zum Einsatz zu bringen. Die Fähigkeit, diese Kräfte rasch zu organisieren und zum Einsatz zu bringen, sollten wir nicht verlieren.

Kann Russland zu einer aggressiven Grossmacht in Europa werden?

Das halte ich in der absehbaren Zukunft nicht für wahrscheinlich. Die militärische Stärke Russlands beträgt nur etwa zehn Prozent der amerikanischen – abgesehen vom nuklearen Potential, das aber militärisch kaum eingesetzt werden kann. Leider haben es die USA unter Präsident Bush versäumt, Russland stärker in das internationale System einzubinden. Der neue amerikanische Präsident Obama will den Dialog mit Russland nun neu führen. Das kann die globale Sicherheit verbessern.

Und wenn es, rein theoretisch, doch zu einem bewaffneten Angriff auf die Schweiz käme?

Vor einem militärischen Angriff auf unser Land müsste die ausländische Armee zuerst die Verteidigungskräfte der Nato und der Europäischen Union besiegt haben. In einem solchen Fall würden schweizerische Milizoffiziere und Milizsoldaten auf eine höchst kampferprobte Armee treffen. Das wäre ein Selbstvernichtungskampf, den unsere ganze politische Klugheit verhindern müsste.

Soll die Schweiz eine eigene Luftwaffe haben?

Ja, aber diese Flugwaffe soll sich nicht nur im eigenen Luftraum bewegen. Unsere Kampfflugzeuge können einen Beitrag leisten für die Sicherung des europäischen Luftraumes. Übrigens: Autonome Landesverteidigung verlangt die Sicherung des eigenen Luftraumes, für die eigene Lufthoheit braucht es aber einen eigenen Satelliten, und den hat die Schweiz nicht.

Wie lassen sich militärische Kader und Soldaten der Schweizer Armee motivieren, wenn kein böser Feind zu sehen ist?

In unserem Land müsste eine Grundsatzdebatte geführt werden, mit wem die Schweiz kooperieren will. Ich denke vor allem an die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die gemeinsame Truppenkörper zur militärischen Stabilisierung und zum Friedensschutz aufbauen will. Unseren Soldaten zu sagen, dass sie einen Auftrag haben zur Sicherung des europäischen Umfeldes, wäre eine sehr sinnvolle Zielsetzung.

INTERVIEW ROLF RIBI

Fotos: Keystone/VBS

namhafte Kritiker die heimliche Abschaffung der Milizarmee durch das Verteidigungsdepartement und die hohen Militärs. Dies sind ihre Argumente:

■ Die Schweiz hält neuerdings eine stehende Armee. So genannte Durchdiener leisten ihre gesamte Dienstpflicht von rund neun Monaten ohne Unterbruch. Sie werden von Berufsmilitärs und nicht mehr von Milizoffizieren ausgebildet. «Die schleichende Professionalisierung entfremdet die Armee vom Volk.»

■ Die verfassungsmässige Militärdienstpflicht wird unterlaufen. Nur noch 60 Prozent der Männer erfüllen ihre verfassungsmässige Wehrpflicht. Alle anderen werden in den Zivilschutz eingeteilt oder endgültig ausgemustert. «Dies widerspricht dem Geist der Wehrgerechtigkeit und schadet dem Milizgedanken.»

Milizarmee oder Berufsarmee? Eine Berufsarmee «im Alleingang» ohne Anlehnung an einen internationalen Verbund ist nicht billiger als eine Milizarmee. Eine Armee mit Berufsmilitär macht nur dort Sinn, wo Kampfeinsätze im Ausland erfolgen – nicht aber bei einer reinen Verteidigungsarmee. Und: Die Bundesverfassung müsste geändert werden, für eine Berufsarmee gibt es aber im Volk und bei den Kantonen keine Mehrheit.

«Wir brauchen kein Massenheer»

Der Bundesrat und die Militärführung sind sich einig: Der Bestand der Armee muss herabgesetzt werden. Heute zählt die Schweizer Armee rund 220 000 aktive Streitkräfte (davon 77 000 Reserve). Vor allem die allgemeine Wehrpflicht führt zu dem im internationalen Vergleich hohen Armeebestand. «Die Wehrpflichtarmee ist sicherheits- und militärpolitisch unsinnig und finanzpolitisch untragbar», meint die Militärexpertin Barbara Haering von der Sozialdemokratischen Partei. 10 000 Soldatinnen und Soldaten mit erhöhter und 40 000 mit verminderter Bereitschaft seien genügend. Friedensmissionen mit der Staatengemeinschaft seien die wichtigste Aufgabe. Die Armee immer stärker für die innere Sicherheit einzusetzen, sei falsch.

Der ehemalige Brigadekommandant Hans-Ulrich Ernst will eine Milizarmee von nur 30 000 Mann. «Die Armee ist zu gross, wir haben 140 000 Soldaten, die zehn Jahre lang dienstpflichtig sind. Wir brauchen aber kein Massenheer.» Ernst schlägt vor, dass künftig 90 Prozent der Rekruten den Militärdienst von sieben Monaten am Stück leisten. Damit wären dauernd 9000 Soldaten einsatzbereit. Ausgebildet und geführt würden diese «Durchdiener» von Berufsoffizieren und festangestellten Milizkadern. Damit würde die aktive Armee auf rund 30 000 verkleinert (hinzu kämen wie bisher 80 000 Reservisten).

Der ETH-Militärexperte Karl Haltiner schlägt eine Milizarmee mit einem Truppenbestand von 30 000 Mann vor – eine Kernarmee von 25 000 freiwilligen Soldaten und 5000 Berufsmilitärs. Vorbild für ihn ist die gut ausgerüstete, von Milizkadern geführte amerikanische Freiwilligenmiliz, die National Gard. Seine Idee sei eine finanziell günstige Lösung.

Erstarrte Militärpolitik

Im Streit um eine zeitgemässe Schweizer Armee sind die Fronten praktisch erstarrt: An der rechten Front marschieren die Schweizerische Volkspartei und die Pro Militia. Sie wollen die klassische Verteidigung des Territoriums mit Panzern, Grenadieren und Artillerie, und sie reden von Kampfpanzern in dicht besiedelten Gebieten (so der frühere Nationalrat Ulrich Schlüer). An der linken Front wollen Sozialdemokraten und Grüne den Handlungsraum der Armee im Innern eingrenzen und dafür die Friedenseinsätze im Ausland ausbauen. «Die wirklichen Herausforderungen für unser Land sind nicht mehr militärischer Natur, es sind Umweltschutz, Naturkatastrophen und die Weltarmut» (so der grünalternative Nationalrat Josef Lang).

Aber auch die offizielle Militärpolitik steht in der Kritik. Der Grundsatz «Sicherheit durch Kooperation» bleibt umstritten. Die neuen Aufgaben der Armee für die Raumsicherung, der Abbau der klassischen Verteidigung und die Bedrohungslage überhaupt scheinen nicht zu Ende gedacht. Klar ist einzig, dass eine Bedrohung der Schweiz in absehbarer Zeit nicht von fremden Armeen kommt, sondern durch den globalen Terrorismus (vgl. das Interview mit dem Sicherheitsexperten Kurt Spillmann).

Gegner und Befürworter der Armeereformen dürfen sich indes auf das Volk verlassen: Fast 70 Prozent der Schweizer und Schweizerinnen halten die Armee für notwendig. Gegen 80 Prozent wollen eine «gut ausgerüstete und gut ausgebildete Armee». Zur Milizarmee bekennen sich 51 Prozent, aber 42 Prozent sind für die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht. Kommentar der Autoren der ETH-Sicherheitsstudie: «Der Rückhalt der Armee im Volk ist intakt. Das Bekenntnis zur allgemeinen Wehrpflicht bröckelt. Eine gewisse Verunsicherung ist nicht zu übersehen.»

DOKUMENTATION
Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 7. Juni 1999
Armeeleitbild XXI vom 24. Oktober 2001
Dokumentationszentrum doku-zug.ch
(www.doku-zug.ch)

Fotos: VBS